

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Die Bürgermeisterin**

<b>Federführender Fachbereich</b> <b>Jugend und Soziales</b>	<b>Drucksachen-Nr.</b> <b>271/2004</b>	
<b>Mitteilungsvorlage</b>		
		<input checked="" type="checkbox"/> <b>Öffentlich</b>
		<input type="checkbox"/> <b>Nicht öffentlich</b>
<b>für die Sitzung des ▼</b>	<b>Sitzungsdatum</b>	
<b>Hauptausschuss</b>	<b>18.5.2004</b>	

**Tagesordnungspunkt**

**Bericht über die Sitzung des Ausländerbeirates am 30.3.2004**

**Inhalt der Mitteilung:**

Die Sitzung des Ausländerbeirates fand am 30.3.2004 statt.

**Verbesserung der Beteiligung von Zugewanderten an der Kommunalvertretung**

Der Ausländerbeirat befasste sich erneut mit seinem Antrag auf Ausnahmen von den Vorschriften der Gemeindeordnung im Wege der Experimentierklausel (§ 126 GO) und weiteren Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Neuwahl, nachdem die Angelegenheit Gegenstand der Beratungen im Hauptausschuss am 16.3.2004 war.

Der Ausländerbeirat bedauert die Ablehnung seines Beschlussvorschlages, zur Verbesserung der Beteiligung von Zugewanderten an der Kommunalvertretung einen Antrag auf Anwendung der Experimentierklausel nach § 126 Gemeindeordnung zu stellen und appelliert an Rat und Verwaltung, die Angelegenheit noch einmal zu beraten.

**Veranstaltungsplanung 2004**

Im Sinne der Aufgabenstellung und im Hinblick auf die Neuwahl des Ausländerbeirates wurden verschiedene Veranstaltungen vorgeschlagen, z.B.

- Veranstaltung zur Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den neuen Ausländerbeirat nach den Sommerferien,
- Präsenz auf dem Kultur- und Stadtfest sowie auf dem Wochenmarkt mit Informationen über die Arbeit des Ausländerbeirates, die Kandidatinnen und Kandidaten, sowie die Neuwahl,

- Veranstaltung mit Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl (Integration vor Ort), ähnlich der Podiumsdiskussion 2003 mit den Vertretern der Religionen,
- Veranstaltung mit ausländischen Vereinen,
- Beteiligung an der Interkulturellen Woche (25.9. – 3.10.2004).

Eine Entscheidung über Einzelmaßnahmen wurde vertagt, damit die Vorschläge für die erforderliche Genehmigung des Hauptausschusses weiter konkretisiert werden können.

Der Ausländerbeirat bekräftigte jedoch seinen Beschluss vom 3.2.2004, dem Hauptausschuss zu empfehlen, dem Ausländerbeirat die erforderlichen Mittel zur Erledigung seiner Aufgaben nach Maßgabe des städt. Haushaltsplans in Höhe von 4.400,- zur Verfügung zu stellen. Die Mittel sollen insbesondere für Veranstaltungen im Hinblick auf die Neuwahl des Ausländerbeirates Verwendung finden.